

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 1mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 2,50 M., viertel. 11,40 M., durch die Post monatl. 2,50 M., viertel. 7,50 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 S.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rikoladstr. 11. Bezugs Nr. 1018, 1016, 1017. — Anzeigenpreise: Die 42 mm breite Kolonne jeite 60 S., die 90 mm breite Reklamzeile 3.— M.; anderhalb: 7,5 bezw. 4.— M., Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt u. Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 246

Freitag, 28. Mai 1920.

74. Jahrgang

Unklarheit über Rußland.

Umjagung der wirtschaftlichen Lage. — Militärische Gefahr?

von München, 28. Mai.

Im Hinblick für auswärtige Angelegenheiten beantragte der Abgeordnete Fehle (Dem.), daß die Regierung alsbald verlässliche Berichte über die russische Umwälzung und deren Einfluß auf das Wirtschaftsleben des russischen Volkes gebe. Geh. Rat Dr. v. Müller erklärte namens des Ministeriums des Innern, es sei außerordentlich schwierig, hierüber Angaben zu machen, da der diplomatische Dienst in Rußland noch nicht eingerichtet sei. Soweit Mitteilungen vorlägen, seien sie nicht authentisch und veraltet. Auch nach Mitteilung der Sowjetregierung seien Hoffnungen in ausfuhrfähiger Menge nicht vorhanden. Das Räte-system sei praktisch nicht mehr in Anwendung, der Stücklohn und das Prämienlohn wieder eingeführt. Von den Kolosativen sei nur mehr ein ganz geringer Teil gebrauchsfähig. Besonders schlecht stehe es in sanitärer Beziehung. (Alles nach Mitteilung der russischen Regierung.) In Petersburg funktioniere die Wasserleitung nicht mehr. Der Hansrat könne nicht mehr weggelassen werden. Der Wunsch, Arbeiter aus Deutschland kommen zu lassen, bestehe nicht. Die Zulassung einer Studienkommission sei ebenfalls nicht erwünscht. Die militärischen Vorgänge zwischen Sowjetrußland und Polen riefen in weiten Kreisen Deutschlands wegen etwaiger Anarisse auf Deutschland Beunruhigung hervor. Es wurde damals von deutscher Seite die Frage aufgeworfen, ob wenn Polen überrannt werde, der russische Anariss an den Grenzen Deutschlands zum Stehen gebracht werde. Von der Reichsregierung wurde gesagt, die deutschen Grenzen seien möglichst verstärkt worden. Auch sei der Respekt Rußlands vor der deutschen militärischen Macht und militärischen Aukt so erheblich, daß zu erwarten sei, daß der Anariss an der deutschen Grenze halt machen werde. Außerdem sei die Qualität anderer Truppen so hervorragend, daß einem Anariss mit Erfolge begegnet werden könne. Ob dies alles möglich wäre, hat unser Gesandter ernstlich bezweifelt. Eine zufriedenstellende Auskunft, daß keine Gefahr von russischer Seite zu befürchten sei, könne von der Reichsregierung nicht gegeben werden. Es wurde auch im Reichstagsauschuß auf die Gefahr hingewiesen, daß, wenn ein Anariss auf Deutschland erfolge, die Sowjetregierung versuchen werde, Zentren eines Aufstandes in Mitteldeutschland oder im Ruhrgebiet zu schaffen, um auf diese Weise einen militärischen Vorstoß zu verschärfen und den Widerstand Deutschlands zu brechen. Diese Gefahr wurde seitens der Reichsregierung nicht verkannt, aber die Meinung ausgesprochen, daß man hoffentlich in der Lage sein werde, dem russischen Anariss gewachsen zu sein. Der Antrag Fehle wurde daraufhin zurückgezogen.

Der Vormarsch der Russen.

Kowno, 27. Mai. Aus Wilna sind Nachrichten eingetroffen, wonach dort große Beunruhigung über den Vormarsch der Bolschewiken herrscht. Die Krankenhäuser sind mit von der Front gekommenen Verwundeten überfüllt. Die Okkupationsbehörde erließ an die Bevölkerung einen Aufruf, der sie zur Ruhe auffordert und an die Jungmännlichkeit die Aufforderung rief, an die Front zu gehen. Einzelne Verwaltungsstellen sind aus Wilna abgezogen.

Die angebliche Putschgefahr.

Die verschiedenen Blättern aus München berichtet wird, seien die sozialistischen sowie die kommunistischen Umsturzparteien im Begriff, einen entscheidenden Schlag mit Hilfe der Roten Armee zu führen und die Räterepublik durchzuführen.

Der preussische Staatsminister für öffentliche Ordnung erklärte gegenüber Pressevertretern, die Gefahr von rechts und links sei ernst, aber nicht akut. Weder die Unabhängigen noch die Kommunisten dächten an Aufrühr. Die kommunistische Arbeiterpartei sei zu schwach, um einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen. Auf der rechten Seite besteht kein bestimmter Plan zu einem zweiten Putsch. In Ostpreußen würden kommunistische Unruhen befürchtet und deshalb Waffen zurückgehalten sowie ehemalige Soldaten in Dienst genommen. Eine ernste Gefahr drohe von den Freikorps, die nicht genügend schnell und mit ausreichenden Sicherungen aufmarschieren. Hierin sei eine Aenderung notwendig. Der im Westen gegründete Frontbund könne durch politische Agitation gefährlich werden, zumal wenn hunderttausende von Arbeitern infolge der wirtschaftlichen Krise drohtlos würden.

Englisches Urteil über Deutschland.

Der Chefredakteur des Londoner Blattes „Daily News“, Gardiner, der einige Zeit in Deutschland gewohnt hat, um die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände zu untersuchen, veröffentlicht den ersten Artikel über dieses Ergebnis. Darin heißt es: Wenn die Konferenz von Spa dem Prozeß der inneren Auflösung Deutschlands nicht ein Ende setzt, wird Deutschland ein Körper werden, der die ganze Welt vergiftet. Wenn wir Deutschland zerstören, werden wir nichts erhalten; wenn wir ihm helfen, so kann es arbeiten und zahlen. Gardiner fordert, daß der Geist des Krieges, der Deutschland gegenüber immer noch vorherrscht, endlich dem Geist des Friedens Platz mache. Gardiner fordert für Deutschland Lebensmittel und Rohstoffkredite, Freistellung einer barenten Entschädigungssumme und einige Erleichterung hinsichtlich der Schiffahrt. Ueber die Lage in Deutschland schreibt Gardiner u. a. noch: „Augenblicklich geht der Krieg noch weiter. Das deutsche Volk leidet und kämpft noch immer bei halben Rationen von oftmals unbeschreiblichen Nahrungsmitteln. Es ist noch immer vom freien und offenen Verkehr mit der Welt abgeschnitten. Diese hoffnungslose Lage darf nicht fortauern. Wenn Spa eine neue Aera eröffnen soll, muß verhandelt und darf nicht differtiert werden.“

Deutsch-französische Wirtschafts-Verhandlungen.

Die deutschen Vertreter bei den französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris sind nach Berlin zurückgekehrt. Bezüglich der Verhandlungen erklärten sie u. a., sie hätten in Frankreich den Eindruck gewonnen, daß die französischen Industriellen sich auf ihrem Gebiet durchaus nicht mehr von dem Haß leiten lassen von dem noch manche französische Politiker erfüllt sind. Die Verhandlungen werden nach dem 6. Juni weitergeführt.

Der schwankende Geldwert.

In den Kursen der deutschen Mark und der fremden Geldorten ist gestern ein Umschwung eingetreten. Das Sinken der fremden Geldorten hat die Kaufkraft angezogen, und andererseits sind an den ausländischen Börsen große Beträge deutschen Geldes angeboten worden, weil man dort von dem günstigen Stand der Mark profitieren wollte. Die Folge war, daß gestern die Mark im Ausland etwas zurückging, die fremden Geldorten in Deutschland dagegen höher bewertet wurden. In Zürich ging die Mark von 17½ auf 16 Centimes zurück, in Paris auch etwa um 1 Centime. In Deutschland liegt der französische Franken auf 3 bis 3,10 Mark, der Gulden von 12 auf 13,75 Mark, der Schweizer Franken von 6,25 auf etwa 6,65 Mark. Der Dollar wurde gestern mit 20 Mark bezahlt, das englische Pfund mit 145 Mark. An den Börsen steigen die Aktien wieder etwas.

Die Grenze in Schleswig.

Die zweite Zone fällt an Deutschland zurück. Kopenhagen, 28. Mai. Einem Telegramm aus Paris zufolge hat die Vorkonferenz am Mittwoch die Beratung der Schleswiger Frage abgeschlossen. Es steht nunmehr fest, daß die Klausel die zu den ersten beiden Zonen an Deutschland zurückgegeben wird. Die Frage der Internationalisierung sei bei den Besprechungen der Vorkonferenz gar nicht in Erwägung gezogen worden.

Der Oberste Rat in Genua.

Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus San Remo wird der Oberste Rat demnächst in Genua zusammentreten. Alles Verhandlungsmaterial werde von San Remo nach Genua befördert.

Erzberger gegen die „Deutsche Zeitung“.

Berlin, 27. Mai. In der Klagesache gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Dr. Ernst Bild, wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger ist nunmehr neuer Termin auf den 5. Juni vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I angesetzt worden. Für die Verhandlungen ist eine mehrtägige Dauer vorgesehen. Der erste Verhandlungstermin am 20. November 1919 verlief bekanntlich derart, daß das Gericht den Beweisanträgen der Verteidigung stattgab. In der neuen Verhandlung ist eine große Anzahl Zeugen geladen, darunter u. a. der ehemalige Reichsfinanzminister v. Bethmann-Hollweg, Staatsminister Helfferich, früherer Reichsfinanzminister Michaelis, Graf Rüdern, Dr. Solf. Auch die Steuerangelegenheit Erzbergers wird in der Verhandlung anscheinlich zur Sprache kommen.

Unnötige Sorgen.

Rom, 27. Mai. Senator Morandi richtete an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob die Meldung ausländischer Blätter, daß Deutschland in einigen Monaten über 47 000 Flugzeuge verfügen werde, auf Wahrheit beruhe.

29. Vollversammlung der Handwerkskammer Wiesbaden.

Wiesbaden, 27. Mai.

J. H. Der Vorsitzende, H. Carstens, eröffnete die Sitzung um 10¼ Uhr. Als Gäste wohnten der Tagung bez. Regierungspräsident Dr. Romm und Stadtrat Meier als Vertreter der Stadt Wiesbaden und des Zentralverbandes nassauischer Gewerbevereine. In seinen Ausführungen wies der Vorsitzende darauf hin, daß es Aufgabe des Handwerks sei, sich den neuen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Der Vorstand der Kammer habe zu allen Fragen rechtzeitig Stellung genommen. Die Handwerksverbände hätten in der Erkenntnis, daß nur im Zusammenschluß wertvolle Arbeit geleistet werden könne, sich zu einem Reichsverband organisiert (Ziv in Hannover), der bereits bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen habe. Es sei als besonders großer Erfolg zu vermerken, daß die Handwerksverbände 32 Sitze im Reichswirtschaftsrat gesichert seien, die sich paritätisch auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilen. 4 weitere Sitze sind den gewerblichen Genossenschaften zugefallen. Der Vorsitzende gab noch ein kurzes Bild von den weiteren Pflichten und Aufgaben des Reichsverbandes der Handwerker und schloß mit dem Wunsch, daß dem Handwerk eine neue Zeit des Aufstieges beschieden sein möge.

Der Regierungspräsident richtete sodann an die Versammlung herzliche Worte und versicherte, daß es stets sein Bestreben sein werde, die Aufgaben der Kammer und die Interessen des Handwerks zu fördern. Er hoffe auf ein freundlich vertrauensvolles Zusammenarbeiten und wünsche den Verhandlungen guten Erfolg.

Stadtrat Meier übergrüßte die Größe des Zentralverbandes nass. Gewerbevereine und sicherte die treue Mitarbeit zur Förderung des Handwerks zu.

Syndikus Schroeder erstattete nach Feststellung der Anwesenheitsliste (es sind 38 Mitglieder anwesend) den Geschäftsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß im Jahre 1921 wieder zum ersten Male Erziehungswahlen für die im Jahre 1912 gewählten Mitglieder stattfanden. Im Berichtsjahre fanden eine Vollversammlung, elf Vorstandssitzungen und zwei Ausschüßsitzungen statt. Im Berichtsjahre bestanden 155 Innungen (1917 = 81) und zwar 31 freie und 124 Zwangsinnungen. Etwa 5700 Handwerksmeister sind noch unorganisiert. Anträge auf Bewilligung der Berechtigung zur Haltung von Lehrlingen wurden 12 800 gestellt. Gesellenprüfungen fanden 1307 statt. Meisterprüfungen 510 (gegen 83 im Vorjahre). Das Genossenschaftswesen hat sich ebenfalls günstig entwickelt. Im Kammerbezirk wurden neue Genossenschaftsvereine in Biedrich, Wiesbaden, Höchst und Frankfurt gegründet. Die Genossenschaftsorganisation hat eine bemerkenswerte Stärkung erfahren durch Zusammenfassung der zwei bisher bestehenden Verbände in einem Deutschen Genossenschaftsverband. Ein Antrag von Frankfurt auf Gründung einer selbständigen Handwerkskammer Frankfurt ist vom Minister abschlägig beschieden worden. Die Steuerankunftsstelle, die in Wiesbaden errichtet wurde wird eifrig in Anspruch genommen. Ein Zeichen, daß mit der Errichtung dieser Stelle einem allgem. Bedürfnis entsprochen ist.

In der anschließenden Aussprache wird bemängelt, daß die Bewilligung von Anträgen auf Gründung von Innungen zu lange Zeit in Anspruch nehme. Angeregt wird ferner die Bildung von weiteren selbständigen Kommissionen für Meisterprüfungen (bisher bestehen solche nur in Frankfurt, Wiesbaden und Limburg), sowie eine größere Verbesserung der Aufklärungsarbeit im Weierwald, wo die meisten Handwerker noch unorganisiert sind. Der Vorstand und Syndikus geben zu diesen Fragen befriedigende Erklärungen ab.

Syndikus Schroeder erstattete weiter Bericht über die Tätigkeit der Vermittlungsstelle. Die Kammer hatte gemeinsam mit dem Wirtschaftsverband für Handel und Industrie, Frankfurt, die Reichsstände des zur Zweigstelle Frankfurt des Reichsverwertungsamtes gehörenden Böger im Gesamtbetrag von vier Millionen übernommen, von denen etwa ¼ dem Handwerk zufließen soll. Die Verteilung ist noch in der Bearbeitung. An Rohstoffen wurden durch die Vermittlungsstelle Wiesbaden für 1 451 648 M. verteilt, ferner durch die Zweigstelle Frankfurt für 881 250 M. Die Verteilung von Aufträgen konnte lediglich vermittelt werden. Schätzungsweise dürfte sie im Berichtsjahre etwa eine Million betragen. An direkten Aufträgen wurden für 2 150 200 M. übernommen. Außerdem wurden 23 041 Beauftragten mit Anträgen 18 149 Kriegsbeschädigte mit Anträgen, Stiefeln und Wäsche versorgt. Eine Vermittlungsstelle für Wiederaufbauaufträge wurde in Wiesbaden gegründet, die noch in der Entwicklung begriffen ist.

Es folgte die Wahl der verschiedenen Ausschüsse, die noch den Vorhänden des Reichstatters Neer ohne Widerspruch sich erließ.

Ueber die Jahresrechnung 1919/20 erstattete Kommerzialrat Sander für den Rechnungswesen Bericht. Danach betragen die Einnahmen 200 188,50 M., die Ausgaben 200 333,97 M., jedoch ein Festbetrag von 144,97 M. zu verzeichnen ist. Der Vermögensstand der Kammer ist mit 218 752,90 M. einsehlich.

Nach einem Bericht des stellvertretenden Vorhänden Sander wurde die Neueinrichtung der Gehaltsverhältnisse der Beamten und Hilfskräfte auf Grund der vom Kammerstag genehmigten Richtlinien und unter Anpassung an das Beamteneinkundgesetz beschlossen. Außerdem wird eine Teuerungszulage in Höhe eines Monatsgehältes bewilligt. Die Entschädigungssache für die Mitglieder der Meistern

